

Zwei Jahre nach Prag Stillstand bei nuklearer Abrüstung?

Götz Neuneck


Am 25. Oktober 2011 wurde in der PANTEX-Anlage die älteste Nuklearwaffe der USA, die B53 „Crowd Pleaser“, zerlegt. Sie wog vier Tonnen und hatte die Zerstörungskraft von sechs Megatonnen, der 600-fachen Sprengkraft von Hiroshima. Diese Atombombe, bereits seit 1991 außer Dienst, verdeutlicht die Langsamkeit der nuklearen Abrüstung. Unsichere und veraltete Sprengköpfe werden zerstört, aber substanziiell werden die Nukleararsenale der nuklearen Supermächte bisher nicht entscheidend verringert.

Nach Obamas Prag-Rede 2009 hat es dennoch Fortschritte bei Abrüstung und Rüstungskontrolle gegeben. Der US-Präsident hatte seine Vision einer atomwaffenfreien Welt skizziert. Folgen waren eine Revitalisierung der internationalen Rüstungskontrolldebatte und ein „Reset“ der Beziehungen zwischen den USA und der Russischen Föderation, die zusammen über 95 Prozent aller Nuklearwaffen verfügen. Entscheidende Hürden sind aber nicht genommen: Wichtige Rüstungskontrollverträge wie der Umfassende Teststoppvertrag sind nicht ratifiziert, Verhandlungen über einen Vertrag zur Beendigung der Produktion von spaltbarem Material für Kernwaffen nicht beschlossen und der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) steht vor dem Aus.

Zentralstück der US-Administration war der neue START-Vertrag, der im April 2009 von Obama und Medwedjew unterzeichnet wurde und im Februar 2011 in Kraft getreten ist. Die gemeinsame Obergrenze von 1.550 Sprengköpfen soll 2018 erreicht werden. Gezählt werden nur „stationierte Sprengköpfe“; ihre unmittelbare Zerstörung wird nicht verifiziert und das Inspektionsregime ist gelockert. Nach dem neuesten Datenaustausch verfügen beide Staaten immer noch über 3.356 Sprengköpfe auf 1.238 strategischen Trägern; eine Zahl, die weder fiskalisch noch sicherheitspolitisch gerechtfertigt ist. Die „Nuklearbürokratie“ hat sich durchgesetzt. Die hohen Arsenale sind nur mit dem Aufrechterhalten der Strategien des Kalten Krieges zu erklären: mehrfache Zielabdeckung, präemptiver Erstschatz und Worst-Case-Denken angesichts der Einführung von Raketenabwehr.

Beunruhigend sind die Modernisierungsanstrengungen. Russland testet drei Varianten seiner landgestützten ICBM „Topol“ und eine seegestützte Rakete „Bulawa“. Eine neue, schwere ICBM mit sechs bis zehn Mehrfachsprengköpfen, ein neues Atom-U-Boot und ein neuer strategischer Bomber sind für die Zeit ab 2018 im Gespräch. Die Obama-Administration plant Investitionen von 180 Milliarden US-Dollar, darunter ein neues Atom-U-Boot oder die „Lebensverlängerung“ von nuklearen Sprengköpfen, darunter die in Europa stationierte B61. Allenfalls hoffen einige Vertreter auf Einschnitte im Rahmen der N-START-II-Verhandlungen, die bald beginnen sollten. Doch die NATO kann sich nicht bezüglich eines Abzuges ihrer überflüssigen taktischen Nuklearwaffen aus Europa einigen. Die Kontroverse um die Einführung der US-Raketenabwehr blockiert Fortschritt ebenso wie die Umrüstung von strategischen Streitkräften auf konventionelle, treffgenaue Munition großer Reichweite („Prompt Global Strike“), in der Russland und China eine künftige Gefahr für ihre strategischen Potenziale sehen.

Die fünf „offiziellen“ Nuklearwaffenstaaten treffen sich zwar einmal im Jahr, haben aber keine Durchbrüche erzielt. Nukleare Outsider sollten an den Rüstungskontrollprozess herangeführt werden. Indien und Pakistan liefern sich einen regionalen Rüstungswettlauf. China und Indien finden Gefallen an Raketenabwehr und entwickeln eigene Systeme. Nichtnuklearwaffenstaaten, die über Zugang zu Nuklearenergie verfügen, werden überlegen, ob sie nicht auch Nukleararsenale aufbauen, allen voran Iran. Eine Kettenreaktion im Mittleren Osten und in Asien ist nicht auszuschließen.

Ein völkerrechtsverbindliches Verbot des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen ist überfällig. Angesichts der innenpolitischen Lähmung der Obama-Administration sollte die NATO im Rahmen der Revision ihrer Nuklearpolitik die restlichen taktischen Nuklearwaffen in US-Lager zurückziehen und mit Russland über deren globale Vernichtung verhandeln. Auch das konventionelle Rüstungsniveau in Europa liegt weit über dem, was nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes zu rechtfertigen ist. Eine Neubesinnung auf konventionelle Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa sowie eine Belebung des KSE-Prozesses sind notwendige Schritte. 



Prof. Dr. Götz Neuneck,
geb. 1945, Institut für
Friedensforschung und
Sicherheitspolitik (IFSH) an
der Universität Hamburg.
neuneck@ifsh.de